



Bezugspreis In der Stadt mit Abgabe des Postgebührens für den Ort und Nachbarort 1.50 M. ...

Beginn der französischen Durchbruchschlacht an der Aisne.

Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

Die deutsche amtliche Meldung. Beginn der Infanterieschlacht auf der Linie Soissons-Neims.

(WTB.) Großes Hauptquartier, 16. April. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. Front des Generalfeldmarshalls Kronprinz Rupprecht von Bayern: Auf dem Nordufer der Scarpe hielt unser Vernichtungsfeuer englische Angriffe nieder...

Front des Deutschen Kronprinzen: Zwischen Aisne und Aisne sind gestern durch starkes Feuer vorbereitete Angriffe der Franzosen bei Baugailion und Chivres gescheitert.

Front des Generalfeldmarshalls Herzog Albrecht von Württemberg: In der Lothringer Ebene und der Burgunder Pforte blieben Unternehmungen französischer Sturmtruppen gegen unsere Stellungen ohne jeden Erfolg.

Westlicher Kriegsschauplatz Im Allgemeinen geringe Gefechtsstätigkeit. Nur an der Bahn Kowel-Lud versenkte die russische Artillerie etwa 10 000 Schuß gegen unsere Stellungen.

Mazedonische Front: Keine besonderen Ereignisse.

Der erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Die sechste Abendmeldung. (WTB.) Berlin, 16. April. Abends. Amtlich wird mitgeteilt: Bei Arras geringe Gefechtsstätigkeit. An der Aisne hat der große französische Durchbruchstoß mit weit gestecktem Ziel nach zehntägigem Massenerfolg begonnen.

Der Fliegerangriff auf Freiburg.

(WTB.) Berlin, 16. April. Am Samstag, den 14. April mittags 12 Uhr griff ein feindliches Flugzeuggeschwader von 12 Flugzeugen die offene Stadt Freiburg i. Br. an.

wirksamen Gegenmaßnahmen kam der Angriff nicht voll zur Durchführung. Im Lauf der mit unseren zur Abwehr aufgestiegenen Flieger sich entspinnenden Luftkämpfe wurden zwei feindliche Flugzeuge bei Schlettstadt und Markirch abgeschossen...

Der englische Bericht.

(WTB.) London, 16. April. Amtlicher Bericht vom 15. April morgens: Am Morgen unternahm der Feind einen starken Angriff auf einer Front von 6 Meilen auf der Ostseite der Straße Bapaume-Cambrai...

Eine türkische Sondergesandtschaft beim Kaiser.

(WTB.) Berlin, 16. April. (Amtlich.) Se. kaiserliche Hoheit der Prinz Zia Eddin trat mit den türkischen Herren seiner Begleitung und den Herren des ihm angetheilten deutschen Ehrendienstes gestern im Großen Hauptquartier ein.

mit tapferen türkischen Regimentern Schulter an Schulter zu stehen, sowie als Symbol der kriegerischen Tugenden des uns verbündeten osmanischen Heeres. Se. Majestät der Kaiser sprach ferner die Zuversicht aus, daß die gemeinsamen Kämpfe mit dem Endsieg gekrönt werden.

Portugiesen an der Westfront.

(WTB.) Bern, 16. April. Lyoner Blätter melden aus Paris: Portugiesische Truppen sind an der Westfront eingetroffen. Andere Kontingente sollen demnächst in Frankreich eintreffen.

Wieder 40 782 Tonnen im Mittelmeer versenkt.

(WTB.) Berlin, 16. April. (Amtlich.) Im Mittelmeer wurden nach neu eingegangenen Meldungen versenkt sechs Dampfer und vier Segler mit 40 782 Tonnen, darunter am 6. April der bewaffnete englische Dampfer „Spithead“ (4097 Tonnen)...

Brasilien im Schlepptau Nordamerikas. Das Kriegsprogramm Wilsons.

Der brasilianische Gesandte in Berlin hat der deutschen Regierung eine Note überreicht, der zufolge die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen und die Botschaften für die Gesandtschaft in Brasilien sei bereits auf die Folgen aufmerksam gemacht worden.

Calw. über. Baden. hr an. n. Ellen. nger. Calw. Entge. tel und. seltige. rden in. n unter. tische. hänge. Gar. tigger. abeln. uch ge. r. Ver. hicher. ter: r. wart. eke. des. nntum. zacht. döst. reise. tr. 8. er. ühl. iefse. uer. reifer.

radefo, wie die amerikanischen Besuchsdamper, die einen Grund zur tatsächlichen Kriegserklärung zu erhalten suchten, indem sie demonstrativ das Sperrgebiet aufsuchten. Mit dem Abbruch der Beziehungen Brasiliens zu Deutschland hat Wilson nun vorläufig hier sein Werk von Erfolg gekrönt gesehen; es ist aber nicht zu zweifeln, daß er auch nach Argentinien zu gewinnen suchen wird, und aus den Äußerungen argentinischer Staatsmänner könnte man entnehmen, daß auch dieser Staat darauf wartet, bis ein Schiff seiner Nationalität oder ein Staatsangehöriger zu Schaden durch den U-Bootkrieg kommt, um ebenfalls dem Beispiel Brasiliens zu folgen. Mit Recht stellt das deutsche Regierungsorgan, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ fest, daß der wirkliche Grund des Abbruchs der Beziehungen kaum in der Torpedierung der „Barana“ zu suchen sein wird, sondern vielmehr in dem Druck der Vereinigten Staaten und der Entente. Brasilien stand schon vor dem Krieg mehr als die übrigen südamerikanischen Staaten unter dem Einfluß der Union, und zwar weil es für seinen Kaffeeabfah zum größten Teil auf den nordamerikanischen Staat angewiesen ist. Dafür mußte es schon früher erhebliche Konzessionen auf wirtschaftlichem Gebiet machen. Nun haben sich im Krieg die Finanzen Brasiliens noch weiter verschlimmert, und es sieht anscheinend eine Rettung aus dieser Lage nur von den mit Ententegehd gegängigten Vereinigten Staaten. Ueber die Tragweite ihrer Handlungsweise scheint sich aber die brasilianische Regierung keinerlei Sorgen zu machen. Abgesehen davon, daß ihr jedes Gefühl für Gerechtigkeit bei diesem Schritt abgesprochen werden muß, und daß sie es vergessen hat, daß Brasiliens wirtschaftliche Entwicklung zu einem großen Teil der Mitarbeit tüchtiger und fleißiger deutscher Kaufleute zu verdanken ist, sie treibt auch eine sehr kurzfristige Politik, indem sie sich den Vereinigten Staaten an den Hals wirft, und damit deren Pläne auch in Bezug auf die Beherrschung des ganzen amerikanischen Kontinents fördert, man wird aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht bald den unheilvollen Fehler einsehen, der sich aus der Beeinträchtigung des blühenden Ausfuhr- und Einfuhrhandels Brasiliens mit den großen europäischen Ländern zugunsten Nordamerikas bald ergeben wird. Die deutsche Regierung aber hat den Brasilianern durch ihr Sprachorgan recht deutlich zu verstehen gegeben, daß sie für den etwaigen Raub deutscher Schiffe in den brasilianischen Häfen oder die Schädigung deutscher Kaufleute früher oder später das Land verantwortlich machen werde. Was die Teilnahme Brasiliens am Krieg anbelangt, so sind sein Heer und seine Flotte nicht in solcher Verfassung, daß ihr Auftreten auf dem europäischen Kriegsschauplatz Eindruck machen könnte.

Wilson hat nun ein gewaltiges Kriegsprogramm entwickelt, das er dem amerikanischen Volk vorgelegt hat. Darin betont er die Pflicht des Eintritts Amerikas in den grausamen schrecklichen Krieg für „Demokratie und Menschenrechte“. Amerika müsse in aller Eile die Flotte auf Kriegsstärke bringen, und es sei im Begriff, eine große Armee aufzustellen und auszurüsten. Weiter müßten Lebensmittel im Ueberfluß beschafft werden, die Schiffswerften müßten Schiffe zu Hunderten herstellen, die trotz der U-Boote den täglichen Bedarf nach der andern Küste des Ozeans bringen und die Felder, Bergwerke und Fabriken müßten Material in Hülle und Fülle beschaffen, um die eigenen Land- und Seestreitkräfte zum Krieg auszurüsten, und die Armeen der Verbündeten. Die ausreichende Lebensmittelversorgung sehe an erster Stelle, das Schicksal des Krieges und der Völker hänge von den Farmern Amerikas ab. Lebensmittel und Kriegsmaterial müßten über die See gebracht werden ohne Rücksicht darauf, wie viele Schiffe verentt werden. Wilson ruft also die Amerikaner zur Mobilisierung aller wirtschaftlichen und militärischen Kräfte für den Krieg auf. Unzählige U-Boote werden demnach tüchtig zu tun haben. An der ganzen Entwicklung der politischen Haltung Amerikas sieht man aber, daß die Regierung in Washington von Anfang an bemüht war, England in seinem Kampf gegen Deutschland zu unterstützen, und auch Maßnahmen zu treffen, die ganze Welt nach dem Krieg in einen Wirtschaftskrieg gegen Deutschland zu verwickeln.

Angriff auf die Deutsche Gesandtschaft in Buenos Aires.

Berlin, 17. April. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge meldet das holländische Neuwe Bureau aus Buenos Aires, die deutsche Gesandtschaft und das Konsulat seien von dem Straßenpöbel gestürmt und in Brand gesteckt worden, der jedoch bald gelöscht worden sei. Unter dem Rufe: „Tödet die Deutschen!“ sei der Pöbel durch die Straßen gezogen. Es sei zu heftigen Kämpfen mit der Polizei gekommen, wobei eine große Anzahl von Personen verwundet worden sei. — Das „Berliner Tageblatt“ meldet hierzu noch aus Haag, die „United Press“ berichtet aus Buenos Aires beim Angriff des Pöbels auf die deutsche Gesandtschaft hätten die Deutschen auf den Dächern gestanden und zur Verteidigung mit Revolvern und Gewehren durch die Fenster auf die Massen gefeuert.

Die deutschen Schiffe in Brasilien.

Haag, 16. April. Reuter meldet laut „Frankf. Zeitg.“ aus Rio de Janeiro: Die brasilianische Regierung befahl, die deutschen Schiffe zu beschlagnahmen. Es ist dies eine Verfügung, die lediglich aus Vorsicht getroffen worden ist.

Die deutschen Mannschaften werden durch brasilianische Mannschaften ersetzt werden. Im Augenblick liegen in den brasilianischen Häfen 45 deutsche Schiffe, die einen größeren Wert haben, mit einem Gesamtinhalt von 235.591 Tonnen. Von diesen Schiffen sind 15 Passagierschiffe, die vor dem Krieg den Verkehr auf der Hamburg-südamerikanischen Linie versahen. 6 Schiffe gehören dem Norddeutschen Lloyd. Außerdem liegen in den brasilianischen Häfen 4 österreichisch-ungarische Passagierschiffe von zusammen 18.604 Tonnen.

Bahia, 16. April. Havas berichtet laut „Frankf. Zeitg.“ unter dem 15. April aus Rio de Janeiro: Eine amtliche Inspektion der deutschen Schiffe zeigte, daß die Maschinen mit Hilfe von Schwefelsäure beschädigt wurden; besonders der deutsche Dampfer „Blücher“ wurde unbrauchbar gemacht.

Argentinien.

(W.B.) Berlin, 17. April. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet der „Honour Progress“, der argentinische Vizekonsul Naon habe erklärt, daß Argentinien nicht ohne zwingende Gründe die Neutralität verlassen werde.

Genf, 16. April. Die Agence Havas meldet aus Buenos Aires: In der Antwortnote des Ministers des Auswärtigen auf die Benachrichtigung Brasiliens, daß es die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen habe, heißt es: Die argentinische Regierung, die die Grundsätze des Völkerechts versteht, hat bereits ihr Urteil ausgesprochen. Sie würdigt gebührend die Haltung Brasiliens, sowie die Erklärung, daß diese Haltung durch die oben erwähnten Grundsätze bewirkt wird und drückt Brasiliens seine aufrichtigsten Wünsche der Brüderlichkeit aus.

Mexico erklärt seine strenge Neutralität.

(W.B.) Mexiko, 16. April. Reuter meldet: Carranza erklärte im neuen Kongreß, daß Mexico im Weltkriege eine strikte Neutralität einhalten werde.

Das Problem der militärischen Mitwirkung Amerikas.

(W.B.) Berlin, 17. April. Zur Verfrachtung von einer Million nordamerikanischer Soldaten nach Europa heißt es in der „Kriegszeitung“: Man nimmt in Nordamerika den Mund bekanntlich gern voll, macht große Worte und spricht von Millionenheeren und Milliardenanleihen. Milliarden lassen sich allenfalls durch Scheeds oder Kabel nach Europa überweisen, um aber 1 Million Soldaten nach Europa zu verfrachten, dazu gehören nach der englischen Erfahrung 12 Register-tonnen Raum für den Kopf, also 12 Millionen Tonnen für 1 Million Mann. Die Unionflotte zählt nur etwa 1 Million Tonnen und würde selbst bei schnellstem Schiffsbau nicht genügen, um 1 Million amerikanischer Soldaten auf den europäischen Kriegsschauplatz zu bringen. Die „Boschische Zeitung“ meint: zwischen den Absichten Amerikas und ihrer Verwirklichung liege ein sehr weiter Weg.

Die Umwälzung in Rußland.

Angeblicher Druck der Sozialisten auf die provisorische Regierung.

Berlin, 16. April. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus Stockholm: Die Führer der äußersten Linken erleiden einen Aufschwung gegen die derzeitige provisorische Regierung, in dem der Sturz des Ministeriums gefordert wird. Auch die gemäßigten Sozialisten fordern den Sturz des Ministeriums. Es wurde bei den gemäßigten Sozialisten eine Stelle angenommen, die besagt, daß die provisorische Regierung, wenn sie die Einleitung von Friedensunterhandlungen unter Aufgabe aller Annexionen verweigere, ebenso gefangen zu setzen sei wie das zarische Ministerium. — Londoner Meldungen zufolge drahtet „Daily Telegraph“ aus Petersburg: Ein neuer Schritt des revolutionären Arbeiterausschusses bei der provisorischen Regierung verlangt den Rücktritt des Ministers des Inneren Mikulow. — Zürcher Blättern zufolge meldet „Petit Journal“ aus Petersburg: Der revolutionäre Arbeiterrat forderte in einer neuen Denkschrift an die provisorische Regierung, daß die wegen Forderung des Friedens in Haft befindlichen Minister Stürmer und Teopow in Freiheit gesetzt werden. Auch über diesen neuen Machtschritt des Arbeiterrats herrscht noch Uneinigkeit in der Regierung. Dagegen verlangt der Arbeiterrat die sofortige Aburteilung Protopopows und des Zarenpaars.

Die Stellung des Arbeiter- und Soldatenrates gegenüber der provisorischen Regierung.

(W.B.) Petersburg, 16. April. Der allgemeine Kongreß des Arbeiter- und Soldatenrates aus ganz Rußland hat gestern abend die Beratung über seine Haltung gegenüber der provisorischen Regierung beendet und folgende Entschlüsse angenommen: 1. Die provisorische Regierung, die sich während der Revolution in Uebereinstimmung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat von Petersburg bildete, hat eine Erklärung veröffentlicht, die ihr Programm angibt. Der Kongreß stellt fest, daß diese im Prinzip die politischen Ansprüche der russischen Demokratie enthält und daß die provisorische Regierung bisher die eingegangenen Verpflichtungen treulich erfüllt hat. 2. Der Kongreß fordert die gesamte revolutionäre Demokratie auf, sich um den Arbeiter- und Soldatenrat zu scharen, der den Mittelpunkt der organisierten demokratischen Kräfte ist, die zusammen mit an-

deren fortschrittlichen Kräften in der Lage sind, jeglichen Versuch einer Gegenrevolution abzuwenden und die Errungenschaften der Revolution zu bekräftigen. 3. Der Kongreß ist überzeugt von der Notwendigkeit einer dauernden politischen Kontrolle und von der Notwendigkeit eines Einflusses auf die provisorische Regierung, um diese zum tatsächlichen Kampf gegen die antirevolutionären Kräfte anzutreiben, ferner von der Notwendigkeit einer Einflußnahme, um sie zu verpflichten, das gesamte Leben Rußlands zu demokratisieren und einen gemeinsamen Frieden vorzubereiten ohne Annexionen und Kriegsschädigungen, aber auf der Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker. 4. Der Kongreß lehnt zwar die Verantwortung für die gesamte Tätigkeit der provisorischen Regierung ab, fordert aber die Demokratie auf, sie zu unterstützen, insofern sie die Errungenschaften der Revolution zu befestigen sucht und ihre Politik nach außen sich nicht auf Besetzungen von Gebieten ausdehnen gründet. 5. Der Kongreß fordert die revolutionäre Demokratie Rußlands auf, sich um den Arbeiter- und Soldatenrat zu scharen und sich bereit zu halten, kräftig jeden Versuch der Regierung zurückzuweisen, sich mit der Demokratie in Widerspruch zu setzen oder auf die Ausführung der eingegangenen Verpflichtungen zu verzichten. — Die Entschlüsse wurden unter allgemeinem Beifall einstimmig angenommen.

Die Angst vor Nikolajewitsch.

Berlin, 17. April. Zur Unterjochung gegen den Großfürsten Nikolaus wegen seiner Niederlage an der majarischen Seenplatte im September 1914 heißt es in der „Boschischen Zeitung“: Man darf darin wohl den Versuch erblicken, den noch immer geübten Einfluß des Großfürsten auf die Truppen unschädlich zu machen.

Ein naive dänischer Minister.

(W.B.) Kopenhagen, 16. April. In einer sozialistischen Frauenversammlung hielt heute der sozialistische Parteiangehörige Minister Stauning eine Rede, in der er ausjückte, daß man den Anschein erweckt habe, als ob die deutsche Sozialdemokratie mit Kopenhagen als Zwischenstadium sich bemühe, einen Sonderfrieden zwischen Rußland und Deutschland herbeizuführen. Solche Bestrebungen beständen aber nicht und würden auch wenig verständlich sein. Wir wünschen, so legte der Minister weiter dar, nicht zu einem Sonderfrieden zwischen Rußland und Deutschland beizutragen, worauf der Krieg noch fürchterlicher an anderer Stelle ausbrechen würde, aber wir wünschen zu einem allgemeinen Weltfrieden beizutragen und behalten uns das Recht vor, jegliche Tätigkeit zu entsalten, die nach unserer Ansicht aus diesem Ziele näher bringen kann. Ich weiß, daß die deutsche Sozialdemokratie die Wünsche bezüglich eines allgemeinen Friedens teilt. Man ist sich ganz klar darüber, daß ein Sonderfrieden von geringem Wert ist. Man wünscht deshalb, eine Verständigung zwischen den Völkern herzustellen, die den Weg zum Frieden anbahnen kann, so wie alle Völker ihn wünschen. — Herr Stauning spricht wie ein Professor. Es ist doch klar, daß in dem Augenblick, in dem Rußland Neigung zum Frieden zeigt, auch die andern Staaten ihre Eroberungspläne werden aufgeben müssen. Uebrigens hat man doch gesehen, daß die Alliierten keinen Frieden vor der völligen Niederwerfung der Mittelmächte wollen. Wenn man also besonders nach dem Eintritt Amerikas in den Krieg seinen Friedenswillen in der Richtung der Befürchtung eines maßgebenden Staates in der Friedensneigung betätigen würde, so erschiene uns das doch als die aussichtsvoollere Möglichkeit zu einem allgemeinen Frieden zu kommen, als sich in theoretischen Anschauungen zu bewegen. Die Schrift.

Bermischte Nachrichten.

Arbeiterprotest in Berlin gegen die Verkürzung der Mehlration.

(W.B.) Berlin, 16. April. In einem Teil der Metall-, Holz- und Transportbetriebe Groß-Berlins ist heute die Arbeit eingestellt worden. In anderen Betrieben dieser Art und insbesondere in den großen Munitionsfabriken wird ohne Störung vollständig weitergearbeitet. Der geschäftliche Verkehr Groß-Berlins wird durch diese vereinzelt Arbeitseinstellungen in keiner Weise berührt. Auch Hochbahn und Straßenbahn verkehren völlig fahrplanmäßig, so daß das Berliner Straßenbild keinerlei Aenderung aufweist.

Berlin, 16. April. Wie die Abendblätter melden, fanden im Laufe des Vormittags mehrfach Arbeiter-versammlungen statt, in denen die Lebensmittelfrage und politisch besprochen wurde. Unter den Teilnehmern waren überall die Frauen sehr zahlreich. Nach Schluß der Versammlungen, die hauptsächlich aus Burtschen und Mädchen bestanden, bildeten sich Züge, die sich nach der inneren Stadt bewegten. Unter anderem zog ein Zug am Schloß vorbei und durch die Straße Unter den Linden. Auf dem Schloßplatz wurde die mittags aufziehende Wache mit Hurraufen begrüßt. Die Demonstranten zeigten überall sehr ruhige Haltung, so daß auch die Polizei nicht einschreiten brauchte. Die bei weitem überwiegende Mehrheit der Berliner Arbeiterschaft hatte eine Beteiligung an der Demonstration überhaupt abgelehnt, da sie sich überzeugt hatte, daß dafür gesorgt ist, daß an Stelle der erforderlichen Brotmenge die verstärkte Fleisch- und Kartoffellieferung erfolgt.

(W.B.) Berlin, 16. April. Die von den Berliner Metallarbeitern für heute beschlossene Arbeitsniederlegung in Groß-Berlin ist nur zum Teil zur Durchführung gekommen und wohl erheblich hinter den Erwartungen der Veranstalter zurückgeblieben. Es haben an ihr nur ungefähr 125 000 Arbeiter teilgenommen, viele von ihnen sogar erst nach Ableistung der Frühpflicht. Die im Laufe des Vormittags abgehaltenen Verteilungsveranstaltungen zeigten eine im Verhältnis zur Zahl der Ausständigen recht geringe Beteiligung. Dasselbe gilt im allgemeinen auch von den Straßenmärgen, die sich im Anschluß daran bildeten und durchweg bald zur Auflösung kamen, so daß das Straßenbild namentlich im Innern der Stadt fast gar keine Veränderung erlitt. Die bei solchen Anlässen sich immer „radikal“ gebärdenden jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen versuchten vergeblich, durch an sich unbedeutende Ausläuferungen die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu stören. — Trotz dieses harmlosen Verlaufs der Kundgebung bleibt immerhin zu bedauern, daß sie überhaupt stattgefunden hat. Schon die Rücksicht auf die zu erwartenden übertriebenden Darstellungen der ausländischen Presse und die Tatsache, daß zurzeit jede verlorene Arbeitsstunde nur unseren Gegnern zugute kommt, hätte die Veranstalter bestimmen sollen, von ihr freiwillig zurückzutreten, zumal ja über den mit den Arbeitsverhältnissen selbst nicht in Verbindung stehenden Beschwerdegrund, die Verletzung der Brotmenge, von den zuständigen Behörden unter Betonung der unbedingten Notwendigkeit rechtzeitig öffentlich und in erschöpfender Weise Auskunft gegeben worden war.

Der Plan einer internationalen Arbeiterkonferenz.

Berlin, 17. April. Am 15. April tagten laut „Vorwärts“ in Haag die holländischen Mitglieder des Exekutivkomitees des Internationalen sozialistischen Bureau. Sie nahmen einerseits den Standpunkt Kerenskis an, andererseits das allgemeine Friedensprogramm, das Wilson s. Zt. in seiner Botschaft an den Senat aufstellte. Sie begrüßten die Versuche der dem Internationalen sozialistischen Bureau angeschlossenen Parteien, für eine gemeinsame Aktion der Arbeiterparteien, für einen dauerhaften Frieden mit den russischen Arbeitern in Verbindung zu treten. Die holländische Delegation beschloß, baldigt nach Stockholm zu reisen, um eine internationale Sozialistenkonferenz zustande zu bringen, zu der auch die Minderheiten eingeladen werden sollen.

Weizenmangel in London.

(W.B.) Amsterdam, 17. April. Nach hier vorliegenden Meldungen aus London ermahnen die Blätter nachdrücklich zur Sparsamkeit beim Brotverbrauch. „Daily Mail“ schreibt, der Mangel an Weizen sei eine nicht wegzuleugnende und schreckliche Tatsache, die zum Teil darauf zurückzuführen sei, daß der Schiffsraum infolge der Requirierung von Schiffen für Armee und Flotte und infolge des Unterseebootskrieges abgenommen habe. Nur wenn man sich streng an die vorgeschriebenen Rationen halte, könne man hoffen, den Feind zu besiegen.

Spanien und der deutsche U-Bootkrieg.

(W.B.) Bern, 16. April. „Petit Parisien“ meldet aus Madrid: Eine amtliche Note an die Presse besagt, daß die an die Presse gegebene Interpretation des letzten Ministerrat und des Inhalts der Note an Deutschland der Wirklichkeit vollkommen zuwiderlaufen und grundlose Zweifel und Befürchtungen in der Öffentlichkeit erregten. Die Regierung habe die internationale Politik in nichts geändert. Zur Beruhigung der Öffentlichkeit gibt die Regierung die von Deutschland hinsichtlich der Handelsbeziehungen zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten angebotenen Bedingungen bekannt, wonach die amerikanische Ausfuhr nach Spanien gestattet wird, selbst wenn es sich um Bannware handelt, die jedoch von Spanien nicht wieder ausgeführt werden darf, die spanische Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten aber dem Preisgesetz unterworfen werde.

(W.B.) Berlin, 17. April. Wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Stockholm mitgeteilt wird, wurde gestern zwischen England und Spanien ein Abkommen getroffen, demzufolge England Spanien mit Kohlen, Spanien hingegen England mit Stroh versorgt.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 17. April 1917.

Das Ergebnis der Kriegsanleihe in Calw.

Nach den uns vorliegenden Zeichnungssummen bei den hiesigen Zeichnungsstellen hat die Bevölkerung der Stadt Calw auch bei der 6. Kriegsanleihe ihre Pflicht gegenüber dem Vaterland voll erfüllt. Entsprechend den gesteigerten Anforderungen ist auch bei uns mehr gezeichnet worden als bei allen andern vorausgehenden Anleihen, trotzdem die Bevölkerung sich schon bei den andern Anleihen rege beteiligt hatte. 1 861 400 Mark sind bei den hiesigen Zeichnungsstellen zusammen eingegangen. Das gute Zeichnungsergebnis bei der Creditbank für Landwirtschaft und der Oberamtssparkasse läßt darauf schließen, daß auch vom Lande gut gezeichnet

Nützliche Bekanntmachungen.

Die Erteilung von Mehlanweisungen

durch die Geschäftsstelle des Kommunaloerbandes wird künftighin für die Bäcker und Händler der Stadt Calw nur noch am 6. und 20. jeden Monats und für diejenigen der übrigen Bezirksgemeinden am 7. und 21. jeden Monats erfolgen. Außerhalb dieser Termine beantragte Mehlanweisungen werden bis zum nächsten Anweisungstermin zurückgestellt.

Calw, den 11. April 1917.

K. Oberamt: Regierungsrat Binder.

Waldarbeiter und Holzhauer.

Die Herren Ortsvorsteher werden beauftragt, bis 20. ds. Mts. dem Oberamt die durchschnittliche Zahl der ständigen Waldarbeiter und Holzhauer, die nicht in Staatswaldungen beschäftigt sind, mitzuteilen.

Diese sollen in die Sonderversorgung mit Nahrungsmitteln der in der Rüstungsindustrie beschäftigten Bevölkerung einbezogen werden.

Als Schwerarbeiter sind die Waldarbeiter und Holzhauer jedoch nicht anerkannt.

Calw, den 13. April 1917.

K. Oberamt: Binder.

Kgl. Oberamt Calw.

Auf die im Gewerbeblatt Nr. 14 erschienenen Bekanntmachungen der K. Zentralstelle für Gewerbe und Handel vom 3. und 4. d. Mts., betreffend

Maschinenkurse für die Holzindustrie, und

Kurse im autogenen Schweißen und Schneiden,

werden die beteiligten Kreise hiemit hingewiesen.

Das Gewerbeblatt kann u. a. bei den Herren Ortsvorstehern eingesehen werden.

Den 8. April 1917. Regierungsrat Binder.

Petroleum für die Behörden.

Der Bedarf der dem K. Ministerium des Innern unterstellten Behörden an Petroleum für 2 Monate (Mai und Juni 1917) wolle bis zum 20. April d. J. beim Oberamt angemeldet werden.

Das Oberamt nimmt auch die Anmeldungen des Bedarfs an Petroleum von den übrigen im Bezirk angelegenen nicht dem Departement des Innern angehörenden staatlichen Behörden entgegen.

Ausdrücklich bemerkt wird, daß ein Verbrauch von Petroleum in den Familien der Beamten oder in ihren Dienstwohnungen nicht als behördlicher Bedarf betrachtet werden kann. Auch bei behördlichem Bedarf ist auf äußerste Sparsamkeit im Verbrauch zu halten.

Calw, den 10. April 1917.

K. Oberamt: Binder.

net worden ist, wenn auch die eigentlichen Zeichnungen im Bezirk wohl meistens bei den örtlichen Darlehenstellen gemacht worden sein dürften. Wie richtig unser Hinweis darauf war, daß auch die kleinen und kleinsten Zeichnungen beachtenswerte Ergebnisse zeitigen, geht aus der Tatsache hervor, daß die bei der Oberamtsparkasse angelegten Sammelzeichnungen unter 100 Mark 35 000 Mark ergeben haben, woran 1900 Zeichner beteiligt waren. Von den Schülern der Volk- und Mittelschule wurden 5059 Mark gezeichnet. Nach den Meldungen aus den meisten württembergischen Städten zu schließen sind diesmal überall größere Zeichnungen gemacht worden als bei den letzten Anleihen, und auch im Reich dürfte diese Steigerung der Zeichnungssummen zu treffen. Wir dürfen also wohl annehmen, daß das vielleicht schon heute mittag bekannt werdende Gesamtergebnis den Erwartungen entspricht.

Zeichnungsstelle	VI.	V.	IV.	I.—III.
Kreditbank f. Landwirtschaftl. Gewerbe	650 000	500 000	525 000	950 000
Spar- u. Vorschuß-Bank	530 000	528 000	386 000	901 500
Oberamtsparkasse	525 000	400 000	535 000	640 000
Agentur der würtl. Sparkasse	118 000	94 000	229 000	413 000
Postamt Calw mit zugehör. Agenturen	27 400	5 400	47 000	80 800

Zulage- und Zuschußarten für den Fleischverbrauch vom 16. April an.

Jeder Verbraucher erhält bis auf weiteres eine außerordentliche Fleischzulage von wöchentlich 250 Gramm für Erwachsene und 125 Gramm für Kinder bis zum 6. Lebensjahr. Zum Bezug der Zulagen wird ein wöchentliches Zuschuß von 70 Pfg. für Erwachsene und 35 Pfg. für Kinder bis zu 6 Jahren gewährt. Dabei wird davon ausgegangen, daß Bemittelte von den Zuschußarten keinen Gebrauch machen. Es wird nun äußerst schwierig sein zu bestimmen, wer unter die Berechtigten für die Zuschußarten fällt. Der Kommunaloerband Nagold sucht diese Frage zu lösen und bestimmt als zuschußberechtigt 1 Person mit einem Gesamteinkommen bis zu 2000 M., 2 Personen bis zu 2500 M., 3 und 4 Personen bis zu 3000 M., 5 und 6 Personen bis zu 4000 M. und 7 und mehr

Personen bis zu 5000 M. Es erscheint zweifelhaft, ob diese Sätze namentlich in ihrer Endziffer genügend sind. Alle Festangestellten, die nur auf ihren Gehalt angewiesen sind, haben unter der Steigerung aller Bedarfsartikel für das Leben äußerst schwer zu leiden und können auf keine Weise ihre Einkommen erhöhen und den hohen Einfangspreisen anpassen. Durch den täglichen Wegfall von 30 Gramm Brot ist die Ernährung beeinträchtigt und soll durch größeren Fleischverbrauch ausgeglichen werden. Eine größere Zulage von Fleisch bedeutet aber einen stärkeren Aufwand an Unterhaltungskosten. Die Aufbringung dieser Kosten fällt aber besonders dem Mittelstand schwer und es dürfte angezeigt sein, die Grenze der Zuschußberechtigten nicht zu nieder zu nehmen, sondern bei einer großen Familienzahl erheblich höher zu stellen.

Obstansichten.

Der langandauernde Winter hat die Entwicklung der Obstbaumblüten weit hinausgerückt. Die Blütenknospen sind in ihrer Entfaltung stark zurückgehalten worden und erst seit 8 Tagen sieht man die Knospen schieben. Bei den Birnbäumen springen die äußeren Hüllen der Blüten auf und lassen die Kelchblätter in ihren zarten Anrissen zum Vorschein kommen. Der Aufbruch der Blütenknospen bei den Birnbäumen ist außerordentlich reich und vielversprechend, ebenso bei den Pfäulmbäumen; bei den Zwetschgenbäumen läßt sich noch wenig voraussagen, da die Blütenknospen von den Laubknospen sich kaum unterscheiden lassen und die Entwicklung der ersteren noch nicht eingeleitet hat. Dagegen steht es jetzt schon fest, daß die Apfelbäume zum Teil einen schönen Blütenanbruch tragen, besonders solche Bäume, die im letzten Jahre nicht getragen haben. Die Goldparmänen, welche im vergangenen Jahr vom Frostkalamität befallen waren und fast ganz versagten, scheinen sich wieder erholt und volle Blüten angelegt zu haben. Die Obstbaumblüte wird vor 3—4 Wochen nicht zur Entfaltung kommen, was für unsern Bezirk vorteilhaft sein wird, da eine späte Blütezeit eher eine gute Obsternte mit sich bringt als eine Blüte im März und April. Bei dem heutigen Stand der Obstbäume besteht Hoffnung auf ein gutes Obsternte. Eine Düngung der Obstbäume mit Jauche oder Latrine kann jetzt noch vorgenommen werden, bei entfalteter Blüte aber nicht mehr, da flüssiger Dünger dann ein zu starkes Reizmittel auf Wurzel und Blüten ausübt.

IV. Die Revolutionen. Der Einfall 1796.

Von 1906—1815 hatte unser Bezirk eine fast ununterbrochene Leidenszeit durchzumachen. 1796 verbrannten die Franzosen die Kniebisshäuser, schlugen die Desterreicher bei Herrenal (Netsen) und brandschatzten Calmbach, das nur durch das beherzte Vorgehen der Köpflerwirtin, welche die Brandschatzungssumme im Schurz einsammelte, vor der Einäscherung bewahrt blieb. Von Neuenbürg zogen sie nach Liebenzell. Der dortige Amtmann zog ihnen nach Schömberg entgegen und verhinderte durch 1715 Gulden Brandschatzung die Plünderung. 10 000 Mann marschierten durch die Stadt, ein Teil der Mannschaft blieb 5 Tage im Quartier. Nun ging es nach Calw, das weniger glimpflich davorkam. Die Stadt mußte für „Verehrungen“, „Duceurs“ und „Präsente“, kurzweg Erpressungs- und Schmiergelder, 16 710 Gulden bezahlen. Von Calw aus wollten die Franzosen nach Stuttgart, Althengstett, Simmozheim und Ostelsheim wurden auf dem Durchmarsch ausgeplündert. Die besten Pferde wurden mit Gewalt weggenommen, beinahe alle Weinfässer geleert, die Leute oft bis aufs Hemd ausgeplündert und mißhandelt (in Ostelsheim wurde ein Bauernknecht erschlagen). Die Soldaten warfen die Bauern, die gutes Schuhzeug hatten, zu Boden und zogen ihnen unanständig die Stiefel aus. Auch schnitten sie sämtliche silberne Rockknöpfe an den Kamisols ab. Die Leute brachten es infolge der ewigen Erpressungen und fürchterlichen Steuerlast nimmer zu silbernen und so schmüden heute noch gegen 35 eiserne, vernickelte Knöpfe den städtischen Sonntagsrock des Schwarzwälder Bauern. Ostelsheim wurde „auf die grausamste Weise vier Stunden lang geplündert“. Kisten und Kassen wurden erbrochen und geraubt, was brauchbar schien. Die Kornfelder wurden verheert und das Getreide verfault, „kurz, solche Anordnung verübt, daß die Leute in die traurigste Lage gerieten.“ Die Simmozheimer, welche das Geraubte selbst in das französische Lager bei Weidertadt führen mußten, schätzten ihren Schaden auf 7796 Gulden, die Althengstetter auf 2608 Gulden, (der ausgeplünderte Pfarrer gab 500 Gulden an), der Gesamtschaden betrug im Calwer Amt gegen 19 000 Gulden, im Liebenzeller Amt 13 600 Gulden, im Klosteramt Hirzau fast 5000 Gulden. Dazu kamen noch die Brandschatzungsgelder, die Frankreich nach dem Waffenstillstand vom schwäbischen Kreis verlangte. Dieser sollte liefern 8 700 000 Gulden, 8400 Pferde, 5000 Ochsen, 150 000 Zentner Brotpflichte, 100 000 Säcke Haber, 150 000 Zentner Heu und 100 000 Paar Schuhe. Der Feldzug 1796 kostete das Amt Calw mit Javelstein gegen 50 000 Gulden, auch waren die Straßen zu Grunde gerichtet und mußten später mit großen Opfern wieder hergestellt werden.

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Selmann, Calw. Druck u. Verlag der H. Döschlger'schen Buchdruckerei, Calw.

Bekanntmachung des Königl. Württ. Kriegsministeriums.

Unter Bezugnahme auf die Veröffentlichung betreffend Sicherstellung der Kohlenbelieferung vom 3. April 1917 wird nochmals auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß jeder Kohlenverbrauchende Betrieb und jede Kohlenhandlung den dringenden Bedarf innerhalb der Grenze der Bezugsberechtigung jeweils für den folgenden Monat, spätestens bis zum 15. jedes Monats anzumelden hat.

Die Anmeldung erfolgt von den Betrieben und Händlern, die die Kohlen bisher von einem württembergischen Händler bezogen haben, bei diesem, von allen anderen Betrieben und Händlern bei der Kohlenausgleichsstelle des Kriegsministeriums, wobei der bisherige Lieferant anzugeben ist.

Es wird wiederholt betont, daß Zuweisung von Kohlen nur auf Grund dieser Anmeldungen erfolgen kann; jede andere Beschaffungsart ist verboten.

Vordrucke für die Anmeldung sind bei der Kohlenausgleichsstelle des Kriegsministeriums, Stuttgart, Hotel Silber, zu beziehen; für jede Kohlenart ist ein besonderer Vordruck zu verwenden.

Stuttgart, den 14. April 1917.

von Marchtaler.

Stadtschultheißenamt Calw.

Eier = Versorgung.

Nach Anordnung der Landesversorgungsstelle dürfen an die Versorgungsberechtigten nicht mehr als 1 Ei auf den Kopf in 2 Wochen abgegeben werden, also

für das ganze Jahr

nach Abzug der für Kranke erforderlichen,

auf den Kopf 25 Stück.

Ich ermahne daher die Einwohnerschaft dringend, mit den bis jetzt erhaltenen Eiern sparsam umzugehen. Mehr als die vorgenannte Höchstmenge können nicht abgegeben werden, weil der Ueberschuß nach Anordnung der Landesversorgungsstelle an größere Städte geliefert werden muß.

Calw, den 16. April 1917.

Stadtschultheißenamt: H. B. Dreiß.

Stadtschultheißenamt Calw.

Nach Mitteilung des Feuerwehrexekutors haben sich noch nicht

**alle männlichen Einwohner
im Alter von 18 bis 55 Jahren
zum Feuerwehrdienst**

gemeldet. Ich fordere

lestmals zur Anmeldung

beim Feuerwehrexekutor, Herrn Metzgermeister Widmaier, bis spätestens 20. April 1917 auf.

Wer wegen Krankheit oder Gebrechen befreit werden will, muß ein ärztliches Zeugnis, die durch öffentliche Berufspflicht verhinderten müssen Bescheinigungen ihrer vorgesetzten Behörden vorlegen.

Die Befreiungen durch Abgaben sind aufgehoben. Wer dieser Aufforderung nicht nachkommt, hat Strafe zu erwarten.

Calw, den 18. April 1917.

Stadtschultheißenamt: H. B. Dreiß.

Stadtschultheißenamt Calw.

Bei Pfannkuch, Consumverein, Hegele und Angemach sind

Gardinen in Brühe

die Dose zu 1.10 Mk., zu haben

Calw, den 16. April 1917.

Stadtschultheißenamt: H. B. Dreiß.

**Hilfsarbeiter
und Arbeiterinnen,**

die sich auf Anthonenschweizerlei einarbeiten wollen, finden dauernde Beschäftigung bei

Ernst Wolff, Hirsau.

Stuttgarter Geld- und Pferde-Lotterie.

Hauptgewinn 30000 Mark.
Ziehung garantiert 21. April.

Lose sind noch zu haben bei
Friseur Witz, Marktpl.

Gesucht

für sofort auf längere Zeit eine sich
gut heizende

4-5-Zimmer-

Wohnung

möbliert, mit eingerichteter
Küche, Gasherd u. gutem
Milchlieferanten.

Briefe zu senden nach

Karlsruhe, Baden,
Händelstraße 26.

Neuhengstett.

Suche sofort ein

Pferd

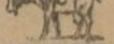


für Milchhandel

Gottlob Jourdan.

Althengstett.

Eine rehsfarbige



Ziege

mit zwei Kälberjungen,
verkauft

Betsch, Hilswärter.

Merlingen.

Station Weilderstadt.

Einen schönen Wurf



Milch-

Schweine

hat zu verkaufen

Fr. Mayer, bei den Linden.

Zavelstein.

Einen 1 1/2 Jahre alten schönen



wüchsig. Schaff-

Stier

(Kotschek) verkauft

Ulrich Koller.

Altbulach.

Schaff-Kuh
samt Kalb,
setzt dem Verkauf aus

Johannes Kometsch.

Teinach.

Ich habe noch einen Rest

Weiden

abzugeben und lade Liebhaber hiezu

ein

G. Schwämmle.

Einen Jungen

nimmt in die Lehre
Straile, Schneidermeister,
Althengstett.

Statt Karten.

Fritz Beutel, Rektor

Luise, geb. Schechinger

Vermählte

Calw, April 1917.

Landaufenthalt für Stadtkinder!

Deutschlands Zukunft ruht auf der Kraft der heranwachsenden Jugend! Darum müssen wir alles, was in unserer Macht liegt, tun, um die Jugend gesund und stark zu erhalten.

Im ganzen deutschen Reich hat sich eine große Bewegung Bahn gebrochen, die unserer Jugend, dem Träger von Deutschlands künftiger Wehrmacht zugute kommen soll; überall regt sich der Gedanke, Stadtkinder für einige Zeit auf dem Lande in Einzelpflegestellen unterzubringen. Zur einheitlichen und großzügigen Förderung dieser Bewegung wurde in Berlin der Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“ unter der Schirmherrschaft Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin gegründet; ein Beweis, welche Bedeutung der Sache zukommt.

Auch in der Industriestadt Pforzheim gibt es zahllose Kinder, deren Gesundheitszustand, in Verbindung mit den Ernährungsverhältnissen, es wünschenswert macht, sie im Laufe des Sommers aufs Land zu verbringen.

Ermöglicht durch den, wenn auch bescheidenen Anfangserfolg seines gleichen Unternehmers im vorigen Jahre, wendet sich der Verein Kinderschutzbund Pforzheim auch heute wieder an den opferwilligen Sinn der Landbewohner in der Nähe mit der herzlichsten und dringenden Bitte, einem erholungsbedürftigen Kind Aufnahme zu gewähren.

Im ländlichen Haushalt wird es kaum empfunden, wenn ein solches Kind die Mahlzeiten der übrigen teilt, den Vätern aber, die an der Front für uns kämpfen, nehmen wir die bange Sorge um das Wohlergehen ihrer Kinder, den Müttern erleichtern wir die Daseinsbedingungen.

Zu Aussicht genommen sind Kinder im Alter von 7-14 Jahren. Sie sollen unter Umständen am Ort ihres Erholungsaufenthaltes die Schule weiter besuchen und sich in ihrer freien Zeit durch Mitarbeit, entsprechend ihren Kräften, für die Aufnahme dankbar erweisen.

Bereiterklärungen wollen an unseren Verein gerichtet werden, worauf wir den sich meldenden Familien einen kurzen Fragebogen zugehen lassen über Zahl, Alter und Geschlecht der gewünschten Kinder, sowie über Zeit und besondere Wünsche. Die Herren Geistlichen und Lehrer auf dem Lande werden gleichfalls gebeten, ihrerseits in den Gemeinden zu wirken und uns Adressen von Familien mitzuteilen, die sich nicht schon direkt bei uns gemeldet haben.

Um, wo es nützt, auch eine Vergütung für die Aufnahme gewähren zu können, bitten wir alle Freunde dieses vaterländischen Werkes um Geldspenden, über die öffentlich bescheidigt wird.

Nur eine kleine Schar hiesiger Kinder konnte im vergangenen Jahre die Wohltat eines Landaufenthaltes genießen und ist an Leib und Seele gekräftigt zurückgekehrt. Hunderten, ja Tausenden, sollte in gleicher Weise jetzt geholfen werden! Der Dank der Kinder ist den Opferwilligen sicher.

Verein Kinderschutzbund Pforzheim.

Prof. E. Lepp, 1. Vorsitzender.

Guterhaltene große
Milchflaschen,

sowie
Bernerwägele

für Milchhändler z. kaufen gesucht
Näheres in der Geschäftsst. ds. Bl.

Bettmäßen

sofort Befreiung garant. Alter
u. Geschl. angeb. Auskunft kostenfrei.
Merkur-Versand München,
Neureutherstraße 13/38.

Gummistempel

jeder Art erhalten Sie
rasch und sauber in der
Druckerei dieses Blattes.

**Schuhfett,
Wagensfett,
Schmieröl**

empfiehlt

Fr. Härle, Oelmühle,
Stammheim.

**Allen
Gichtleidenden**

und
Rheumatikern

wird Böhlers Naturmittel bestens
empfohlen. Vorrätig:

Hirsch-Apotheke, Stuttgart,
Apotheke Metzger, Albstadt,
Hauptverband: Jakob Böhler,
Ulrich, Eipachstr. 22 (Württemberg.)

Mit leichter Mühe

können Sie, wenn Sie im
Anzeigenteil dieses Blattes
Ihre Artikel empfehlen,

einen grösseren Umsatz erzielen.